

**II-4172 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 2039/J

1986-05-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Khol, Dr. Steiner, Dr. Ermacora
und Kollegen

an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Mängel in der Durchführung der wehrpolitischen
Bildung im Bundesheer

Die Unterlagen für die staats- und wehrpolitische Bildung im Bundesheer wurden im Konsens aller im Nationalrat vertretenen Parteien erarbeitet. Unter Mitwirkung der Wehrsprecher und der politischen Akademien der im Parlament vertretenen Parteien wurden die Inhalte der wehrpolitischen Bildung festgelegt, werden Seminare und zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Dies geschieht mit der Zielsetzung, die Sinnhaftigkeit der Landesverteidigung allen Grundwehrdienern erfahrbar zu machen und um der verbreiteten Tendenz entgegenzuwirken, daß das Bundesheer seinen Verteidigungsauftrag nicht glaubhaft machen kann, wodurch es seine eigenen Gegner heranbildet. Dieser positive Bereich der gemeinsamen Landesverteidigungspolitik ist auch Beispiel für jenen grundlegenden staatspolitischen Konsens, zu dem sich im Interesse der Sicherheit und Unabhängigkeit unserer Heimat wohl alle im Parlament vertretenen Parteien bekennen.

Das Büro für Wehrpolitik hat seinen Jahresbericht 1985 vorgelegt; es ist dem Kabinett des Bundesministers zugeordnet und daher dem Bundesminister direkt unterstellt. Diese Tatsache hat der Wirkkraft und Unabhängigkeit dieser wichtigen Stabstelle gedient und hat sich in der Praxis als sehr förderlich erwiesen.

- 2 -

Die Anfragesteller heben es als positiv hervor, daß entgegen allen anderslautenden Pressemeldungen der Bundesminister für Landesverteidigung an dieser Unabhängigkeit des Büros nicht gerüttelt hat und eine Zusicherung abgegeben hat, daß die selbständige Stellung dieses Büros auch in Zukunft erhalten bleibt.

In dem genannten Jahresbericht 1985 zur staats- und wehrpolitischen Bildung wird in lobenswerter Deutlichkeit der Zustand der wehrpolitischen Bildung geschildert. Dieser Bericht ist kein Schönwetterbericht, wie er in vielen Fällen dem Parlament vorgelegt wird, sondern er zeigt die gesamte Problematik der wehrpolitischen Bildung in der Mangelhaftigkeit ihrer Durchführung auf und es ist erfreulich, daß ein derart kritischer Bericht erscheinen konnte. Die Anfragesteller sind sich bewußt, daß die wehrpolitische Bildung erst vor kurzem eingeführt wurde und daß daher die Resultate noch nicht allen Wünschen und Hoffnungen entsprechen, die an die Einführung dieser geistigen Grundlage der Landesverteidigung geknüpft werden. Der Bericht stellt eine Reihe von Unzukämmlichkeiten heraus, die im folgenden kurz erwähnt werden sollen:

1. Die im Richtlinienerlaß angeordneten drei wehrpolitischen Themen (umfassende Landesverteidigung, Raumverteidigung, Soldat und eigener Verband), die in den ersten drei Wochen nach dem Einrücken durchzuführen sind, werden nicht eingehalten. Die Konsequenz ist, daß ein hoher Prozentsatz von abrüstenden Präsenzdienern, besonders von Systemerhaltern, während ihres Dienstes kaum mit Inhalten des "Wissens wofür" in Berührung kommt und beim Abrüsten zwar acht Monate Wehrdienst geleistet, aber kein Verständnis für das Wofür und Warum hat.
2. Die wehrpolitische Ausbildung ist zur Routine des Dienstbetriebes im Grundwehrdienst geworden. Durch die Fülle der Ausbildungsinhalte in der allgemeinen Grundausbildung kann der Ausbildungsstoff oft nicht einmal formal den Weisungen entsprechend behandelt werden.

- 3 -

3. Negative Inspizierungsberichte aus dem Bereich der politischen Bildung haben meist keine Konsequenzen, im Bewußtsein, daß Versäumnisse bei der politischen Bildung "Kavaliersdelikte" sind. Umgekehrt werden Kommandanten, in deren Einheiten das Wechselspiel zwischen gefechtsnaher militärischer Fachausbildung und politischer Bildung funktioniert, noch zu wenig belohnt.
4. Im Hinblick auf den zwischen allen Parteien bestehenden Konsens, daß das Bundesheer alles unternehmen muß, um dem Grundwehrdiener die Sinnhaftigkeit der Landesverteidigung nahezubringen, um auf diese Weise den Grundwehrdiener auch von der Sinnhaftigkeit seiner eigenen Tätigkeit zu überzeugen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Unzulänglichkeiten in der Durchführung der wehrpolitischen Bildung, wie sie im Jahresbericht des wehrpolitischen Büros 1985 aufgezeigt wurden, abzustellen?
- 2) Werden Sie den Vorschlägen des Büros für Wehrpolitik folgend die allgemeine Grundausbildung entrümpeln, um auf diese Weise sicherzustellen, daß die drei Grundinhalte der wehrpolitischen Bildung sinnvoll in den ersten Wochen der allgemeinen Grundausbildung vermittelt werden können?
- 3) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um der verbreiteten "Ja-aber-Haltung" der Kommandanten entgegenzuwirken: politische Bildung sei ja wichtig, aber es gebe keine Zeit dafür?
- 4) Werden Sie der verbreiteten Ansicht entgegenwirken, daß die Mißachtung der Befehle betreffend die wehrpolitische Bildung ein Kavaliersdelikt sei und keinen militärischen Ungehorsam wie jeder andere bildet?

- 4 -

- 5) Welche Leistungsanreize werden Sie jenen Kommandanten zuteil werden lassen, die die wehrpolitische Bildung in vorbildlicher Weise durchführen?
- 6) Wie werden Sie sicherstellen, daß wehrpolitische Bildung nicht als Zeitfüller verwendet wird, wenn sie z.B. unmittelbar nach einer 26-stündigen Abwesenheit von der Kaserne angesetzt wird?
- 7) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Ausbildung der Unteroffiziere und Chargen auf dem Gebiet der wehrpolitischen Bildung durch deren umfassende und verstärkte Einbeziehung in diesen Bildungsauftrag sicherzustellen?
- 8) Sind Sie der Ansicht, daß das Verbot von wehrpolitischen Kontaktgesprächen, wie es in einem konkreten Fall angeordnet wurde, gesetzmäßig und rechtmäßig ist?
- 9) Welche Maßnahmen setzen Sie, um in Zukunft sicherzustellen, daß solche Verbote nicht ausgesprochen werden und daß wehrpolitische Kontaktgespräche auch dann stattfinden können, wenn die dabei angeschnittenen politischen Fragen nicht das Wohlgefallen des einen oder anderen finden?